

**TOP 1 - Aktuelle Stunde**

**"Finanz- und Wirtschaftskrise wirkt sich auf NRW-Arbeitsmarkt  
aus -Nordrhein-Westfalen braucht ein eigenes  
Konjunkturprogramm"**

**Rede des  
wirtschaftspolitischen Sprechers der  
SPD-Landtagsfraktion  
Thomas Eiskirch**

**anlässlich  
der Plenarsitzung am 07. Mai 2009**

**- Es gilt das gesprochene Wort -**

Anrede,

Nordrhein-Westfalen steckt tief im Strudel der weltweiten Wirtschaftskrise. Es gibt drei Gründe, warum NRW stärker leidet als andere Regionen:

1. NRW ist stärker von Exporten abhängig als andere. Das heißt auch, dass in einem schwierigen globalen wirtschaftlichen Umfeld NRW auch am stärksten vom Rückgang betroffen ist.

2. Der Anteil der Produkte, die wir als zyklisch bezeichnen, ist gleichfalls höher als etwa in ländlich strukturierten Gebieten. Wir alle wissen um die Sorgen der Beschäftigten bei Opel, Thyssen Krupp aber auch in den vielen mittelständischen Unternehmen. Maschinenbau, Stahlerzeugung und Chemie, das sind einige der Stärken "made in NRW". Diese Branchen leiden derzeit besonders, so dass auch von dieser Seite die Sogwirkung des Konjunkturerinbruchs verstärkt wird. Mit allen Auswirkungen in die mittelständische Wirtschaft und die -insbesondere industrienahen-Dienstleistungsbereiche.

und 3. NRW leidet unter einer Landesregierung, die nichts unternimmt, um im Rahmen ihrer Möglichkeiten dem verschärften wirtschaftlichen Einbruch entgegen zu steuern. Von dieser Landesregierung, von dieser Wirtschaftsministerin gehen keine Impulse aus. In Schockstarre starrt die Ministerin auf die Rezession. Die Instrumente, denen man eine antizyklische Wirkung nachsagt, werden von dieser Landesregierung nicht genutzt.

Wir haben zweifelsohne keine hausgemachte Krise, aber mit und in dieser Landesregierung wird nicht gegen die Krise gearbeitet.

FDP und CDU gefallen sich in ordnungspolitischen Debatten anstatt dort zu helfen, wo es brennt. Die "Privat-Vor-Staat-Ideologie" ist nicht nur an den internationalen Finanzmärkten gescheitert. Sie verstärkt auch die Krise in Nordrhein-Westfalen, weil sie die unantastbare Fahne ist, die diese

Landesregierung vor sich herträgt.

Unberührt von den Realitäten in diesem Land, hält die Landesregierung an ihrer Marktgläubigkeit fest. Bei FDP und CDU steht der Markt im Mittelpunkt und nicht der Mensch.

Wir Sozialdemokraten haben ein anderes Credo, bei uns kommt der Mensch zuerst und nicht der Markt. Wir wollen, dass die Menschen in ihrem Vertrauen in die soziale Marktwirtschaft und unserer Demokratie gestärkt werden. Sie hingegen lassen die Menschen mit ihren Sorgen alleine.

Ja, sonntags entdeckt der Ministerpräsident all zu gerne die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Aber von Montag bis Samstag bestimmt die FDP die Politik der Landesregierung. Und diese Politik ist kaltherzig und - wie sich jetzt zeigt - wirtschaftsfeindlich.

Wir wollen die Instrumente nutzen, die eine antizyklische wirtschaftsfreundliche Politik ermöglichen. Ich möchte drei Beispiele nennen, an denen deutlich wird, dass die Landesregierung wirtschaftspolitisch versagt.

### *Beispiel Nr. 1: Breitband für alle*

Nicht erst seit dem Konjunkturpaket II werden die Bundeskanzlerin und der Bundeswirtschaftsminister nicht müde, Investitionen in Breitband-Datennetze als wichtige Infrastrukturinvestition zu lobpreisen. Das ist richtig. Auch in vielen ländlichen Regionen Nordrhein-Westfalens sind Unternehmen, aber auch Bürgerinnen und Bürger vom breitbandigen Internet abgekoppelt. Das hemmt wirtschaftliche Entwicklung ungemein.

Bereits 2008 hat die Bundesregierung im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes" dem Land Nordrhein-Westfalen nahezu 1,1 Mio. Euro zur Verfügung gestellt.

Im Jahre 2008 sind von diesen von der Bundesregierung zur Verfügung gestellten Mitteln 0 Euro - ich wiederhole null Euro von Nordrhein-Westfalen ausgegeben worden. Ob im Kreis Coesfeld, im Sauerland oder am Niederrhein, der Ausbau des breitbandigen Internets ist ins Stocken geraten. Der Landesregierung gelingt es nicht, auf die unterschiedlich gelagerten Fragestellungen Antworten zu finden. Die Landesregierung versteckt sich hinter Worten, anstatt mit Taten zu helfen. Wichtige Infrastrukturmaßnahmen in die Kommunikationsnetze, die jetzt und schnell greifen müssten, werden von der Landesregierung auf die lange Bank geschoben.

### *Beispiel 2: Die Ziel-2-Förderung des Landes*

Privat vor Staat, Wettbewerb vor Projektförderung, auch hier zeigt sich, dass die Landesregierung an ihren eigenen ordnungspolitischen Vorgaben klebt, anstatt zu handeln.

Der Bewilligungsprozess für die Ziel-2-Projekte aus dem von der Landesregierung ausgelobten Wettbewerben liegt weit, weit unter Plan. Die

eigenen Vorgaben werden um mehr als die Hälfte verfehlt. Die Landesregierung sitzt auf dem Geld, das draußen so dringend benötigt wird. Wir haben dieses Jahr einen Wirtschaftseinbruch von 6 % zu beklagen. Einen höheren Wert hat es in der Geschichte der Bundesrepublik nie gegeben. Und in dieser Situation ist die Landesregierung nicht in der Lage, das von der EU zur Verfügung gestellte Geld in gute Projekte zu investieren. Das ist keine aktivierende Wirtschaftspolitik, sondern staatlich verordnete wirtschaftliche Depression.

### *3. Beispiel: Die Kommunen*

Die Krise ist längst bei den Kommunen und ihren Einnahmen angekommen. Die Gewerbesteuereinnahmen gehen bereits zurück, der Einbruch wird folgen. Die Mittel, die den Kommunen aus den Konjunkturpaketen zur Verfügung gestellt worden sind, fließen derzeit jedoch nicht ab. Und noch schlimmer: gerade in strukturell besonders schwierigen Gebieten haben die Kommunen große Schwierigkeiten, ihre Haushalte genehmigt zu bekommen. Dort, wo investiert werden müsste, könnte und sollte, bei den Städten und Gemeinden, verhindert die restriktive Genehmigungspraxis des Landes, dass die Kommunen Schulen, Kindertagesstätten und Sportplätze sanieren. Wir haben an anderer Stelle aufgezeigt, dass 2,4 Mrd. Euro an Landesmitteln zusätzlich in diese Investitionen fließen könnten. Doch zeigt sich, die Schockstarre ist kein Phänomen Thoben allein, sondern ein Phänomen Thoben, Wolff, Linssen und Rüttgers.

Diese Landesregierung hatte schon kein gutes Konzept für gute Zeiten, sie hat aber gar kein Konzept für schlechtere Zeiten. Es gibt kein Konzept für den Strukturwandel in den Bergbaurückzugsgebieten.

Es gibt kein Konzept, mit dem auch private Investitionen, z. B. bei der Gebäudesanierung verstärkt ausgelöst würden. Und selbst den

Verwaltungsalltag bekommt sie nicht gestemmt. Die Bewilligungen stocken, die Landesregierung ist unfähig, die Strukturen den Wirklichkeiten anzupassen.

Auch hier ein Beispiel: Die zinsverbilligten Kredite der NRW.Bank fließen nicht in dem gewünschten Maße ab, weil insbesondere die privaten Hausbanken ihren Anteil nicht zu stemmen bereit sind. Es ist die Verantwortung dieser Landesregierung diese Blockade zu lösen - in einer solchen Krisensituation muss die NRW.Bank in dieser Frage handlungsfähiger gemacht werden.

NRW wird durch die Krise härter getroffen, als andere Regionen. Deshalb müssen wir auch härter arbeiten als andere, um die Auswüchse der Rezession abzumildern. Und damit wir uns nicht missverstehen: mit härter arbeiten meine ich nicht, sie sollten noch mehr reden - sie müssen mehr handeln. Von dieser Landesregierung gehen einfach keine Impulse aus. "We love the new, but we forget to work" ist das Motto, das ist die wirtschaftspolitische Realität dieser Landesregierung.